

suchen« (JafD 2019a: 141). Dementsprechend benennen sie neben einem »muslimischen Judenhass« (ebd.: 142) den »linken Antizionismus« als vornehmliche Gefährdung deutscher Jüdinnen*Juden und Quelle von Antisemitismus. Wie die anderen Vereinigungen positionieren sie sich zudem gegen Gender-Mainstreaming und »Frühsexualisierung« und betonen die Bedeutung des »traditionellen Familienbildes«. Diese Hervorhebungen werden vor allem mit der Konzeption des »Judentum[s] als »Bundesvolk« (Hans-Joachim Schoeps) [verbunden; V.D.], das sich nie im Religiösen erschöpfte, sondern immer zugleich eine Volksgemeinschaft war« (ebd.: 145) – ein Selbstverständnis, das den Deutschen verloren gegangen sei. So begründen sie auch ihre Verbindung mit der AfD damit, dass die »Gegner des Deutschtums ganz überwiegend zugleich auch Gegner des Judentums« (ebd.: 147) seien, weshalb ihnen »eine Allianz der Judenheit mit der europäischen Rechten als äußerst folgerichtig« (ebd.) erscheine. Die Fixierung der etablierten Politik auf den Nationalsozialismus und den Holocaust fände hingegen auf Kosten aktueller jüdischer Probleme statt: »Die Altparteien kümmern sich mehr um tote Juden, anstatt um die lebenden« (Kosova zit.n. AfD Heidelberg 2019). Gleichermassen diffamieren sie den ZdJ als »Zentralrat der Hofjuden« (Weksler 2019: 49), die »der Merkel-Politik wie brave Hündchen« (Krauskopf 2019: 62) folgten und riskierten, »als »nützliche jüdische Idioten« in die Geschichte einzugehen« (Fuhl 2019: 81).

Herabsetzungen, wie sie die JafD für den ZdJ formuliert, finden sich auch immer wieder in der massenmedialen Berichterstattung über die drei Interessenvereinigungen, bei denen die Jüdinnen*Juden der JafD selbst als »Alibi-Juden« (Steinke 2018) und »nützliche Idioten« oder Schwarze Parteimitglieder als »Exot[en]« (Eppelsheim 2017) und »Deutschenversteh« (Preuß 2014) bezeichnet werden. Insgesamt erhielten alle drei Gruppen in den letzten Jahren, trotz teilweise sporadischer Aktivitäten und durchgehend geringer Mitgliederanzahl, große mediale Aufmerksamkeit, und auch innerhalb der Partei wurde und wird häufig auf sie verwiesen. Dabei fällt auf, dass alle drei Vereinigungen ähnliche Motivationen und Leitlinien formulieren und zum Teil personelle Überschneidungen bei den Mitgliedern und im direkten Unterstützer*innenumfeld aufweisen. Ihre Positionierungen sind in der Regel offen deutschnationalistisch und Diskriminierungserfahrungen durch Deutsche, insbesondere Rechte, werden durchweg als »Entgleisungen« und »Einzelfälle« marginalisiert oder schlicht geleugnet. Die »wahre« Gefahr wird stattdessen in allen Fällen auf den Islam oder »die Linke« projiziert, der sie eine »Vereinnahmung« der Bevölkerungsgruppen vorwerfen, die die Interessenvereinigungen repräsentieren möchten. Um sich hiervon abzugrenzen, betonen sie dagegen ihren eigenen »Minderheitenstatus« und lehnen »Mehrheitsansprüche«, wie sie sie in Gleichstellungs- und Anti-Diskriminierungsmaßnahmen sehen, ab (vgl. AHO 2019b; vgl. BIG o.J.; vgl. NDH 2017).

1.2 Forschungsstand: Ungewöhnliche Allianzen

Trotz dieser umfangreichen Berichterstattung gibt es bisher kaum systematische Forschung zu den Interessenvereinigungen der *Alternative für Deutschland*. Insbesondere über die *Neudeutsche Alternative* und die *Juden in der AfD* liegen bisher keine dezidierten

Untersuchungen vor. Aber auch die *Alternative Homosexuelle*, die medial und in wissenschaftlicher Literatur durchaus oft Erwähnung findet, scheint bisher ausschließlich expliziter Gegenstand der Dissertation *Rechtspopulismus und Homosexualität: Eine Ethnografie der Feindschaft* (2024) des Ethnologen Patrick Wielowiejski zu sein, für die er die Gruppe unter anderem ethnografisch begleitete (vgl. Wielowiejski 2018a, 2018b, 2020). Er kann durch seine Feldforschung zeigen, dass die Verbindung der AHO und anderer junger homosexueller Parteimitglieder oder -interessent*innen zur AfD vor allem auf der Identifizierung gemeinsamer Bedrohungen von Homosexuellen und ›Deutschen‹ aufbaut. Neben der Identifizierung eines gemeinsamen ›äußeren‹ Feindes, ›dem Islam‹, steht dabei vor allem die Abgrenzung zu einer ›inneren‹ Bedrohung im Fokus: Lebensentwürfe, die in den Kontext des ›Gender-‹ oder ›Queer-‹Begriffs gestellt werden und sich bewusst einer Verortung im binären Geschlechter- und Sexualitätsregime verwehren und damit als grundsätzlich identitätskritisch verstanden werden müssen. Dadurch werden sie nicht nur als Bedrohung für heteronormative Lebensentwürfe und daran *gekoppelte* Vorstellungen von Liebe, Sexualität und Familie interpretiert, sondern auch für solche, die daran *angelehnt* werden. Das betrifft einerseits nationale Identitätskonzepte, aber auch homosexuelle Lebensentwürfe, die im Kontext heterosexueller Normalitätsvorstellungen in einem binären Geschlechterregime verortet und mit Lisa Duggan (2002) als ›homonormativ‹ beschrieben werden können. Die Hegemonialität dieser ›sicheren Identitäten‹ (Lobban et al. 2019) soll, so Wielowiejskis Ergebnis, durch die Herstellung eines ›common cause and a common opponent‹ (Wielowiejski 2020: 135) von Homosexuellen und ›Deutschen‹, die er mit Ernesto Laclau und Chantal Mouffe als ›articulation of a ›chain of equivalence‹ (ebd.) interpretiert, abgesichert werden (vgl. Wielowiejski 2018b: 248, 354; 2020: 135).

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch Katrin Degen (2024), die sich in ihrer Dissertation *Flexible Normalität – Über die fragile Zugehörigkeit von cis Frauen und LSBTI-Personen zur extremen Rechten* allgemeiner mit der Frage auseinandersetzt, »[w]ie [...] innerhalb der (extremen) Rechten Zugang und Ausschluss von Personen verhandelt [werden], die in Bezug auf Geschlecht und/oder Sexualität der dort gültigen Heteronormativität widersprechen« (Degen 2024: 15). Auch sie arbeitet die Aushandlung und Aneignung von Normalität und Hegemonialität nicht-heteronormativer Personen über die doppelte Grenzziehung zu ›äußeren‹ und ›inneren‹ Anderen heraus, betont dabei aber vor allem die Fragilität der daraus entstehenden Sprecher*innenpositionen und der daran gekoppelten Anerkennung durch die (extreme) Rechte (vgl. ebd.: 309, 312). Sowohl Degen als auch Wielowiejski gehen allerdings nicht davon aus, dass diese ›Allianzen‹ auf einer reinen Instrumentalisierung nicht-heteronormativer Akteur*innen durch rechte Akteur*innengruppen beruhen, sondern Ausdruck eines pluralistischen Zeitgeistes sind, der auch von Zweiteren ein gewisses Maß an Heterogenität verlangt (vgl. Degen 2024: 313; vgl. Wielowiejski 2018a: 141; 2020: 136).

Beide Arbeiten geben wichtige Einsichten in die Motivation sogenannter ›sexueller Minderheiten‹, sich rechten Gruppen anzuschließen, und insbesondere in die Funktion diskursiver Grenzziehung zur Konstruktion einer gemeinsamen Bedrohung für die Aneignung und Legitimierung von ›Normalität‹, die auch für die vorliegende Arbeit hilfreich sind. Auf welche Weise diese fragilen Einschlüsse ›widersprüchlicher Zugehörigkeiten‹ allerdings zu einem kohärenten Narrativ kollektiver Identität und

somit der ›Wir‹-Konstruktion der Rechten beitragen, bleibt weitestgehend unberührt. Einen Einblick und eine breitere Kontextualisierung der Frage können hier allerdings einige Studien aus den 2000er und 2010er Jahren geben, die sich mit der Einhegung dieser ›sexuellen Minderheiten‹ in (supra-)nationale Selbstbilder beschäftigen (vgl. z.B. Bracke 2012, Butler 2009, Farris 2017, Fekete 2006, Haritaworn 2010, Haritaworn et al. 2008, Mepschen et al. 2010, Puar 2017, Puar/Rai 2002). Unter den Begriffen ›enlightened fundamentalism‹ (Fekete 2006), ›gay/queer imperialism‹ (Haritaworn et al. 2008), ›Homonationalismus‹ (Puar 2017/2007) und ›Femonationalismus‹ (Farris 2017) – die in Kapitel 2 noch einmal genauer betrachtet werden – sowie dem in allen anklingenden »europäische[n] Überlegenheitsnarrativ« (Dietze 2017: 21) des ›sexuellen Exzeptionalismus‹ (Puar 2017), diskutieren die Autor*innen, wie über die Aneignung sexueller Freiheit und Geschlechtergerechtigkeit als ›Kernwerte‹ des Europäischen (vgl. Fekete 2006: 2; vgl. Haritaworn 2010: 139), im Kontext verschiedener ›westlicher‹ Nationen (Niederlande, Deutschland, UK und USA), der Islam als ›kulturelle Opposition‹ konstruiert wird (vgl. Fekete 2006: 2). Sie zeigen, wie sexuelle Freiheit und Geschlechtergerechtigkeit durch die Instrumentalisierung als »barometer by which the right to and capacity for national sovereignty is evaluated« (Puar 2013: 336) zum integralen Bestandteil der Artikulation nationaler Identitäten werden. Das dient einerseits dazu, ein ›liberales‹ und ›aufgeklärtes‹ Selbstbild zu konstruieren, und andererseits die Ausschlüsse all jener zu legitimieren, denen eine Unfähigkeit zugeschrieben wird, sich diese Werte anzueignen (vgl. Farris 2017; Fekete 2006; Haritaworn et al. 2008; Mepschen et al. 2010; Puar 2017). Für die Konstruktion einer solchen kulturellen Differenz zwischen einem als progressiv und sexuell liberalisiert dargestellten ›Abendland‹ und einem als statisch und rückständig konstruierten Islam, über die »Kulturalisierung von Geschlecht und Sexualität« (Dietze 2017), prägt Jasbir K. Puar (2017: 2) den Begriff des ›sexuellen Exzeptionismus‹ (vgl. Dietze 2017: 23, 26, 32; vgl. dazu weiterführend Dietze 2019).

Die spezifischen Subjektpositionen, die der sexuelle Exzeptionismus für die affirmierten und ausgeschlossenen ›Minderheiten‹ eröffnet, sind ebenfalls Teil der angeführten Studien. Dabei fokussieren die Autor*innen vor allem einzelne prominente Personen, wie die niederländischen Politiker*innen Pim Fortuyn und Ayaan Hirsi Ali oder die deutschen Publizistinnen Seyran Ateş und Necla Kelek und deren Selbstpositionierungen im öffentlichen Diskurs. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass die Sprecher*innen ihre sexuelle oder ›ethnische‹ Identität einsetzen, um dem Narrativ der ›kulturellen Differenz‹ Glaubhaftigkeit und Legitimität zu verleihen. Die Position, die dabei speziell für die (ex-)muslimischen Frauen entsteht, bezeichnen Jin Haritaworn et al. (2008: 72) als »exceptional Muslim« (vgl. Bracke 2012: 242). Sarah Bracke (2012), die diese ›Allianzen‹ – oder in ihren Worten »strange bedfellows« (ebd.: 237) – im spezifischen Kontext des Rechtspopulismus untersucht, baut auf der Analyse und Begrifflichkeit von Haritaworn et al. auf und arbeitet heraus, worin die Exzeptionalität dieser Subjektposition und ihre Wirksamkeit besteht. Indem sie sich die betreffenden Individuen gleichzeitig als ›die*der Andere‹ und ›eine*r von uns‹ positionieren, heben sie sich nicht nur dadurch als ›besonders‹ hervor, dass sie die ›kulturelle Differenz‹ überwinden konnten. Sie werden gleichzeitig zu »insider expert[s]« (ebd.: 242), die im Besitz eines »authentic« knowledge« (ebd.) sind, was sie als »political whistle-blower« (ebd.) zur Legitimierung der Grenzziehung einsetzen können. Im Gegensatz zu Personen, die diesen Hin-

tergrund nicht haben, könnten sie, so Bracke, außerdem eine gewisse kritikresistente Position einnehmen (vgl. ebd.: 242).

Diese Befunde sind hier nicht nur deshalb von Interesse, weil sie die Ergebnisse von Wielowiejski und Degen durch die Einführung der Perspektive des Exzeptionalismus vertiefen, sie fokussieren auch bereits explizit die Funktion, die die Konstruktion einer ›kulturellen Differenz‹, aber auch die teils widersprüchlichen Auflösungen dieser Grenzen für das nationale Selbstbild haben. Allerdings beschränken sich alle Arbeiten auf die konstruierte Gegenüberstellung von sexueller Freiheit bzw. Geschlechtergerechtigkeit und dem ›kulturell Anderen‹, wohingegen die vorliegende Arbeit auch andere Dimensionen der Grenzziehung und ihre Legitimierungsweisen betrachtet, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede in ihren Funktionen für die ›Wir‹-Konstruktion der AfD herauszuarbeiten. Dennoch bieten die Studien nicht nur wichtige Orientierungspunkte für die Entwicklung der konkreten Fragestellung dieser Arbeit, die im nächsten Schritt (Kap. 1.3) im Detail dargelegt wird, sondern auch für die Interpretation ihrer Ergebnisse.

1.3 Forschungsleitende Fragen, Konzeption und Aufbau

Die vorliegende Arbeit will also eine möglichst breite Perspektive auf die einleitend beschriebenen ›paradoxen‹ oder ›ambivalenten Einschlüsse‹ im spezifischen Kontext der *Alternative für Deutschland* entwickeln. Ziel ist es, darüber einen Zugang zu ihrer diskursiven Konstruktion kollektiver Identität und dem damit verbundenen Gesellschafts- bzw. Weltbild zu erarbeiten. Dazu wird die ›Allianz‹ zwischen der AfD und den oben vorgestellten Interessenvereinigungen (*Alternative Homosexuelle*, *Neudeutsche Alternative* und *Juden in der AfD*) sowie damit assoziierten Parteimitgliedern untersucht. Zentriert wird hier also das Phänomen, dass sich Individuen einer Partei anschließen, die sie durch verschiedene Zugehörigkeits- bzw. Fremdheitskonstruktionen und Politiken ausschließt und *other*, sie dann aber auf augenscheinlich paradoxe Weise punktuell wieder integriert. Im Vordergrund sollen dabei vor allem die Funktionen stehen, die diese Zusammenschlüsse für beide ›Seiten‹ haben. Dabei geht es auch darum zu ergründen, ob diese Zugehörigkeiten wirklich so widersprüchlich sind, wie sie medial und in Teilen wissenschaftlich verhandelt werden. Für dieses Vorhaben wurden die folgenden forschungsleitenden Fragen formuliert:

- F1.** Wie konstruiert die *Alternative für Deutschland* im öffentlichen Diskurs auf Twitter (X) ›kollektive Identität‹?
- F1.1** Welche Ein- und Ausschlüsse formuliert sie in diesem Kontext und wie baut sie auf diesen Konstrukten von Zugehörigkeit (Einheit, ›Wir‹) und Fremdheit (Differenz, ›die Anderen‹) ein konsistentes Narrativ von Gesellschaft, Volk, Nation und Kultur auf?
- F1.2** Wie werden Ambivalenzen und Widersprüche (*Alternative Homosexuelle*, *Neudeutsche Alternative*, *Juden in der AfD*) in dieses Kernnarrativ eingearbeitet?
- F1.3** Welche Subjektpositionen bietet die *Alternative für Deutschland* Homosexuellen, Jüdinnen*Juden, Migrant*innen und *People of Color* an?